

# Paibacher Zeitung.



Nr. 80.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 12, halbj. fl. 6-50. Für die Austellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7-50.

Samstag, 9. April.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 5 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1881.

## Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben dem Comité für Gründung eines Asyls für geistesschwache Kinder in Wien 1000 fl. zu spenden geruht.

Vom k. k. Obersthofmeisteramte wird Folgendes verlautbart: „In dem Ceremoniel für den feierlichen Einzug Ihrer königlichen Hoheit der durchlauchtigsten Frau Prinzessin Stefanie von Belgien als Braut Sr. k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen Erzherzogs Rudolf vom Theresianum in die Hofburg am Montag, den 9. Mai 1881, um 1 Uhr nachmittags ist die Betheiligung seitens der k. k. geheimen Räte und Kämmerer in derselben Weise wie im Jahre 1854 bei dem Einzuge Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin als Braut Seiner Majestät des Kaisers in Aussicht genommen. Um die erforderlichen Verständigungen rechtzeitig bewirken zu können, werden jene Herren k. k. geheimen Räte und Kämmerer, welche an dem erwähnten feierlichen Einzuge in ihren eigenen zweispännigen Gala-Equipagen oder zu Pferde theilzunehmen in der Lage sind, ersucht, die diesfällige Mittheilung bis spätestens 15ten April d. J. an das k. k. Obersthofmeisteramt gelangen lassen zu wollen.“

## Nebe Sr. Excellenz des Herrn Handelsministers Freiherrn v. Pino.

(Fortsetzung.)

Ich glaube, dass selbst, wenn eine Herabminderung des Preises eintreten würde, das kein so großes Unglück wäre.

In diesem Falle würde die Transportsteigerung, welche ganz bestimmt auch in den nächsten Jahren bei diesem Artikel sich forterhalten wird, den Ausfall decken, und andererseits würde es auch kein so großes Unglück sein, wenn das, was jetzt die Actionäre gewinnen, dann zwar der Fiskus oder die Eisenbahn nicht gewinnt, aber die Bevölkerung.

Was nun die Einnahmen von den ungarischen Linien betrifft, welche wir angenommen haben mit dem Betrage von 700,000 fl. durchschnittlich, so muss ich mir doch erlauben, zu bemerken, dass diese Annahme nicht gar so sanguinisch ist, wie sie von verschiedenen Seiten dargestellt worden ist. Es ist z. B. gesagt worden, dass, wenn die Arlbergbahn eröffnet werden wird, dann 200,000 Centner über den Arlberg gehen werden und über die Neumarkt-Braunauer Bahn gar nichts. Nun ich will diese Behauptung weder widerlegen noch ihr entgegenreten. Nehmen wir an, es

gehen 200,000 Centner über den Arlberg, so werden sie über die Gfela-Bahn gehen und die Gfela-Bahn wird daher um so viel mehr Einnahmen haben, als die Neumarkt-Braunauer Bahn weniger Einnahmen haben wird, und schließlich, nachdem das ganze Netz dem Staate untersteht, so wird der Staat dieselbe Einnahme haben, die er früher hatte.

Ich glaube, dass die Annahme von 700,000 fl. auch aus dem Grunde nicht übertrieben ist, weil ja fünf Jahre Durchschnitt doch eine gewisse Grundlage bieten können für den Ertrag, und wenn auch zwei Jahre, 1878 und 1879, in dieser Reihe sehr gute Jahre waren, so waren darunter auch zwei Jahre, die sehr geringe Einnahmen repräsentieren.

Ich muss auch bemerken, dass die Weltereignisse, auf welche das Steigen und Fallen der Einnahmen zurückgeführt wurde, nicht einen so großen Eindruck auf unsere Verkehrsverhältnisse haben werden; ich will wenigstens hoffen, dass dieser stetige Ausfall nur sporadisch ist.

Wir haben z. B. in den drei ersten Monaten des Jahres 1881 schon 56,000 fl. Brutto-Mehreinnahmen, das beweist, dass sich eben der Verkehr nicht immer nach abwärts, sondern auch manchmal nach aufwärts bewegt.

Unter diesen Verhältnissen erscheint es mir nicht so sanguinisch, wenn ich 700,000 Gulden als Durchschnittsziffer annehme. Die Herren werden mir ja zugestehen, dass wir — doch möge man auch noch so wenig von der Zukunft hoffen dürfen oder wollen — einen Fortschritt verzeichnen können, und wir haben ja auch thatsächlich einen Fortschritt bei allen Eisenbahnen verzeichnet. Ich will nur ein Beispiel citieren.

Das alte Netz der Elisabeth-Westbahn hat in den Jahren 1862 bis 1865 13,000 fl. Ertrag per Meile ergeben, in den Jahren 1866 bis 1870 23,800 fl., in den Jahren 1871 bis 1875 24,600 fl. und in den Jahren 1876 bis 1881 25,000 fl.

Wir sehen also unter Verhältnissen, die in dieser langen Reihe von Jahren bald günstig, bald ungünstig waren, eine stete steigende Tendenz. Ich könnte noch andere Beispiele citieren, doch würde mich das zu weit führen. Selbst wenn man pessimistisch ist, wird man zugeben müssen, dass diese Dinge durch gewisse allgemeine Gesetze in ein gewisses Gleichgewicht gebracht werden und dass, wenn man auch sagen muss, dass viele Umstände eintreten können, die in einzelnen Jahren einen außerordentlichen Ausfall erzeugen, man andererseits wieder zugeben muss, dass es Zeiten geben wird — und ich will hoffen, dass sie eintreten werden — wo eine steigende Tendenz im Verkehrswesen sich zeigt.

Ich glaube daher, annehmen zu können, dass dieser Betrag von 700,000 fl. als aufrechtstehend angesehen werden soll und dass daher die Berechnungen, welche die Regierung angestellt hat, wenigstens in der Weise aufgefasst werden müssen, dass die Gefahr eines so großen Verlustes, wie derselbe hier von mehreren Seiten betont worden ist, nicht vorhanden ist und nicht gefürchtet werden kann. So viel in Bezug auf die angestellten Berechnungen.

Wenn ich mir erlaube, den Couponstreit zu berühren, so thue ich das nur, weil an den ungünstigen Ausgang derselben gar so außerordentliche Befürchtungen geknüpft worden sind.

Wenn wir den Couponstreit in seiner Entwicklung betrachten, und wie sie sich bis jetzt zeigt, so haben wir keinen Grund, so große Besorgnisse zu hegen. Bis jetzt hat der Couponstreit der Elisabeth-Westbahn und auch anderer Bahnen — denn bekanntlich ist nicht nur die Westbahn in einen Couponstreit verwickelt, sondern auch andere zahlreiche Bahnen, welche im Auslande Prioritäten haben — sehr viele Kosten nicht gemacht, und doch waren die Verhältnisse eben danach angethan, die Goldwährung zu verlangen gegenüber der Auszahlung in der Silberwährung; es hat eben nur eine gewisse Anzahl von Individuen gegeben, die sich darum gekümmert haben; die gewisse Apathie, die im Couponstreite geherrscht hat, möchte ich doch nicht in der Richtung auffassen, als wenn sie sich auf einmal ins Gegentheil umschlagen würde.

(Fortsetzung folgt.)

## Zur Westbahnvorlage

macht anlässlich der Debatte im Abgeordnetenhaus die „Presse“ folgende Bemerkungen:

Im Abgeordnetenhaus gelten die Redner nichts, die Stimmen alles, und das Hauptargument, welches den Ausschlag giebt, ist die Disciplin. Das gilt sowohl von rechts wie von links, das gilt so sehr, dass die Aeußerung des Abg. Groß, er würde trotz seiner Parteistellung für die Vorlage stimmen, wenn er nicht ein principieller Gegner des Staatsbahnsystems wäre, Sensation machte, denn diese Erklärung ist gegen die Disciplin. Wenn so das Princip der Abstimmung zum Princip wird, nach welchem man verhandelt, ist es eigentlich naturgemäß, dass in der Generaldebatte über die Verstaatlichung einer Eisenbahn das Princip der Verstaatlichung fast außer Discussion steht. Da lässt es sich auch begreifen, warum die Abgeordneten den Gründen, welche pro und contra die Vorlage vorgebracht werden, kein Gehör schenken, denn das Resultat ist gewiss und die Principien stehen außer Discussion. Und dennoch wäre die Gelegenheit wichtig

## Feuilleton.

### Wiener Skizzen.

7. April.

Seit es officiell bekannt gegeben worden, dass die Vermählung des durchlauchtigsten Kronprinzen Rudolf mit der Prinzessin Stefanie am 10. Mai stattfinden soll, hat sich eine ganz eigene Stimmung der Wiener bemächtigt. Es gab immer noch Leute, welche an der Wahrheit des Wortes: „aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ zweifelten; nun, da alle Zweifel verschwunden sind, freut sich „ganz Wien“ auf die in Aussicht stehenden Maitage, von welchen die, an denen die Vermählungsfeierlichkeiten stattfinden, herrlich und glanzvoll sein werden, vorausgesetzt, dass der wunderschöne Monat Mai „sich des ihm von“ Dichters Gnaden verliehenen epitheton ornans würdig erweisen wird.

Noch ist das ganze Festprogramm nicht festgestellt, die Festcommission des Gemeinderathes hält Tag für Tag Sitzung, das Obersthofmeisteramt ist unausgesezt thätig, und in den einzelnen Corporationen, welche Festgeschenke überreichen werden, herrscht fieberhafte Bewegung. Es ist eben nicht ganz leicht, die von Seite der Commune geplanten Festlichkeiten mit den Hof- und dem Hofceremoniel in Einklang zu bringen. So viel bis jetzt verlautet, erfolgt die Ankunft der Prinzessin am 6. Mai, am 7. ist große Soirée bei Hofe, am 8. findet ein großes Volksfest im Prater statt, am 9. ist der Einzug der Prinzessin und Gra-

tulationsempfang bei Hofe, am 10. findet die Vermählung statt und am 11. begiebt sich das neuvermählte Paar zu einem achttägigen Aufenthalt nach Lagenburg.

Da zu den eigentlichen Hof- und kaiserlichen Familienfesten das Volk nicht Zutritt hat, so beschäftigt sich dieses auch mehr mit jenem Theil des Festprogramms, der in der Oeffentlichkeit spielt, also mit dem Praterfest und dem Einzug der Prinzessin. Ueber die Details dieses Einzugs werden folgende Mittheilungen gemacht. Der Einzug erfolgt vom Theresianum, der ehemaligen Favorita aus; da das Ehrengelock hier Aufstellung nimmt, so musste der Platz für die Begrüßung der Prinzessin weiter nach der Stadt zu verlegt werden. Es wurde hierzu der Platz vor dem Freihause und die Elisabethbrücke gewählt. Zwischen dem Freihause und der evangelischen Schule wird ein vom Architekten Wagner entworfener Zeltbau errichtet, unter dessen Bordache die Begrüßung durch den Bürgermeister erfolgen wird, dann werden die Wagen durch das Zelt durchfahren und die Elisabethbrücke passieren, welche in eine Laub- und Blumenhalle verwandelt wird. Auf dem Wege von der Paulanerkirche bis zum Burghore werden 200 Flaggenbäume errichtet. Vor dem Burghore werden ähnliche Festbauten wie bei der Jubiläumsfeier hergestellt. Bei dem Empfangszelte auf dem Freihause hergekommen zwei Tribünen für 500 Personen errichtet werden, welche mit dem, dem Monumente auf dem Hohenmarke nachgebildeten Begrüßungszelte ein harmonisches Ganzes bilden sollen. Dass Wien sich an diesen Tagen beflaggen wird, ist

gar nicht zu bezweifeln und die in Aussicht genommene allgemeine Stadtbeleuchtung wird imposanter werden, als je eine vorher gewesen. Der Reich wird in diesen Tagen sette Nahrung bekommen, denn alle die Glücklichen, welche die Prinzessinbraut deutlich sehen werden, werden von jenen, die es nicht zu erreichen vermochten, sehr beneidet werden.

Da wir aber erst bei den Vorbereitungen für die Festtage halten, so interessiert uns doch noch manches andere, das nicht damit in Verbindung steht. So hat beispielsweise die Nachricht, dass der Kaiser die Bewilligung erteilt habe, das Künstlerhaus durch Zubauten zu erweitern, um daselbst eine periodisch wiederkehrende internationale Kunstausstellung abzuhalten, in den Kreisen der Künstler und Kunstfreunde eine freudige Bewegung hervorgerufen. Von der internationalen Kunstausstellung erwartet man einen neuen Aufschwung der Wiener Kunstthätigkeit, zumal wenn es gelingt, Wien zu einem Centrum der Kunst in Europa, zu einem Kunstmarkt zu machen. Da für das Wichtigste bereits gesorgt und der Garantiefond für das Unternehmen bereits gezeichnet ist, so wird nur noch die Zustimmung der Generalversammlung der Künstlergenossenschaft eingeholt und dann sofort mit der Ausführung des Unternehmens begonnen werden. Man sagt zwar, eine kleine Oppositionspartei werde gegen das Project stimmen, allein die Mehrheit wird sich dafür entscheiden.

Eine andere erfreuliche Nachricht ist, dass die wichtige Frage, ob zur ornamentalen und figuralen Ausschmückung des neuen Parlamentsgebäudes Terra-



genug gewesen, daß das Haus einmal vom Parteistandpunkte weg und in das Princip, um welches es sich handelte, selbst eingegangen wäre. Entweder das System der Staatsbahnen ist nothwendig für Oesterreich, dann ist die Westbahnvorlage von ganz anderen Gesichtspunkten aus zu beurtheilen, als jenen, von welchen aus sie heute besprochen wurde, oder aber, das Staatsbahnsystem ist für Oesterreich überflüssig, dann wäre unseres Erachtens die Vorlage auch nicht anzunehmen, selbst wenn das „Geschenk“ an die Actionäre der Westbahn, wie der Abg. Ruß heute die Ablösungssumme bezeichnete, geringer ausfallen, oder sogar der Staat von den Actionären im Kaufpreise ein „Geschenk“ erhalten hätte.

Wir glauben, daß gerade bei keinem Lande die Nothwendigkeit des Staatsbahnsystems besser zu vertheidigen ist, als in Bezug auf Oesterreich. Sind ja die meisten der im Betriebe befindlichen Bahnen für Staatsgeld gebaute, für Staatsgeld erhaltene, mit staatlichen Opfern groß gewordene Privatunternehmungen, wobei der Staat die Kosten der verfehlten Experimente, die Actionäre den Nutzen der mit Staatsgeld bezahlten theuren Erfahrungen auf ihrem Conto haben. Ist ja das Sequestrationsgesetz für garantierte Bahnen nichts anderes, als ein nachträgliches Pater peccavi für den großen Fehler, Bahnen gebaut zu haben, wo der Staat alle Nachteile, dagegen den einzigen großen Vortheil der unbedingten Beherrschung der Tarife zugunsten der Industrie nicht erlangt hat. Bei solcher Sachlage ist die Frage viel einfacher, als in Preußen zu beantworten, wo der Staat den Vortheil des Bahnbesitzes nicht wenigstens ursprünglich aus der Hand gegeben hat. Wenn dennoch die dortige Verwaltung mit weit größeren „Geschenken“ die Erwerbung der Privatbahnen für den Staat durchführte, so müssen wohl die Gründe für den Staatsbesitz stringenter Natur sein.

Die Bahnen sind nichts anderes als Straßen, und die Tarife spielen heute die Rolle wie ursprünglich die Mauten und die Passagezölle. Seine Frachtbücher sprechen in stummen Ziffern laut genug für den Beweis, wie die Tarife einer Bahn imstande sind, Industrien zu schaffen, zu unterstützen, zu ruinieren. Staaten, welche in Exportprämien Millionen aufwenden, um einen Fabricationszweig zu heben, welcher zugunsten von Producten dem consumierenden Publicum in Form von Zöllen das Leben vertheuern, deren Budgets in der tausendfachen Form von Stipendien, Ausstellungen, Fachschulen die Concurrenzfähigkeit ihrer Bewohner zu heben suchen, sollten das modernste Mittel zur Hebung und zur Unterbindung von Export und Import, die Eisenbahn, nicht in ihrer Hand haben? Die Privatbahn hat wohl ein Interesse am Frachtgute, aber niemals daran ein Interesse, ob der Verkehr ein Inländer oder ein Ausländer. Ihr ist es gleichgültig, ob eine Industrie im Lande durch ihre Fracht zugrunde geht, oder floriert, ja wir könnten mehr als eine Bahn in Oesterreich nennen, deren Dividenden im Verhältnisse zur Mißernte im Lande wächst. Darum und aus tausendfachen anderen Gründen waren wir und sind wir Anhänger des Staatsbahnsystems, und darum hat es uns im Herzen aufrichtig leid gethan, heute jene Männer nicht für eine Action eintreten sehen zu können, deren Pioniere sie während einer siebenjährigen Thätigkeit waren.

Von solchem Standpunkte aus kritisiert sich die Vorlage dann anders. Ob die Actionäre der Westbahn zu viel oder zu wenig erhalten, ist dann einfach Sache der Erwägung. Je weniger über das Maß des Ge-

rechtes, welches für die Vertreter des Staates die oberste Richtschnur sein muß, desto besser. Aber wenn der Preis bis zum Uebermaß nicht hinaufgeht, hat dies nur ein nebensächliches Interesse. Heute sagen wollen, daß die Actionäre der Westbahn zu viel oder zu wenig erhalten, ist Sache der Anschauung; Verkehrsentwicklungen lassen sich nicht calculieren, Gewinnhoffnungen noch weniger. Auf der einen Seite muß die Möglichkeit des Besitzers der Westbahn und der Verwohlfeilung der Administration der Rudolf-Bahn durch ihre Vereinigung mit der ersteren, auf der anderen Seite die Möglichkeit ins Calcul gezogen sein, ob die Actionäre der Westbahn auf ein Plus von Einnahmen über die vom Staate ihnen garantierten zu hoffen haben. Wird die Angelegenheit von diesem Standpunkte aus debattiert, dann kann sie wohl keine Parteifrage sein, aber sie kann eine im Interesse aller gelegene Lösung finden. Das Staatsbahnsystem selbst halten wir außer Discussion.

## Vom Reichsrathe.

### 35. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 7. April.

Se. Excellenz der Herr Präsident Graf Trauttmansdorff eröffnet um 11 Uhr 35 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank: Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr v. Biemalkowski, Graf Falkenhayn, Dr. Pražák, Freiherr v. Conrad, Eybesfeld und Freiherr v. Pino.

Die neuernannten Mitglieder Graf Buquoy und Graf Schönborn leisten die Angelobung.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes, betreffend die durch § 21 des Gesetzes vom 14. Mai 1869 normierte Dauer der Schulpflicht.

Graf Widmann erstattet im Namen der Majorität der Unterrichtscommission den Bericht.

Freiherr v. Helfert erstattet hierauf im Namen der Minorität des Ausschusses den Bericht und ersucht um Nachsicht, wenn er die Aufmerksamkeit des hohen Hauses mit einer eingehenden Motivierung in Anspruch nehmen müsse. Der Kern der Frage sei: Wer hat darüber zu entscheiden, wenn Ausnahmen von den Bestimmungen des Volksschulgesetzes über die Dauer der Schulpflicht eintreten sollen? Die Majorität der Schulcommission überläßt die Festsetzung der näheren Bestimmungen hierüber dem Minister für Cultus und Unterricht. Mit dieser Lösung könne sich jedoch die Minorität der Commission nicht einverstanden erklären, und zwar aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der Gesetzmäßigkeit. Wenn zugegeben werde, daß die thatsächlichen Verhältnisse für die Durchführung der achtjährigen Schulpflicht von Land zu Land verschieden sind, so werde sich wohl kaum in Abrede stellen lassen, daß es das Zweckmäßigste wäre, von Land zu Land die geeigneten Vorkehrungen zu treffen. Wenn man sagt, daß derartige Verschiedenheiten nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch zwischen den Bezirken eines und desselben Landes vorkommen, so ist das ganz richtig, aber eben so richtig ist es, daß die Summe dieser Verschiedenheiten in einem Lande eine geringere ist, als in dem ganzen Umfange mehrerer vielgestaltiger Ländercomplexe. Die von der Majorität befürchteten

Uebelstände seien nur scheinbar, dagegen wäre es ein wirklicher Uebelstand, wenn den seit dem elfjährigen Bestande des Volksschulgesetzes von Jahr zu Jahr wiederkehrenden Klagen gegen die uniforme Behandlung des Volksschulwesens nicht Abhilfe zutheil werden sollte. Wo die thatsächlichen Verhältnisse so verschieden sind, wie in den einzelnen Ländern Oesterreichs, da müsse eine wohlwollende Geseßgebung für jedes Land eine besondere Behandlung zulassen; das sei nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit, sondern auch eine Zweckmäßigkeit. Das Gegentheil wäre unbillig und zweckwidrig.

Das Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 hat bekanntlich die Landesordnungen vom 26. Februar 1861 im Wesen unverändert gelassen. Nach denselben gehören zu den Landesangelegenheiten die näheren Anordnungen über allgemeine Geseße inbetreff der Kirchen- und Schulanangelegenheiten. Auch aus dem Geiste des Volksschulgesetzes gehe dies hervor. Nach § 21, Alinea 1 und 3, wurden für Görz, Gradiska und Dalmazien Ausnahmen geschaffen; es wurde bezüglich dieser Länder zugegeben, daß besondere Verhältnisse vorhanden sind, während bezüglich der übrigen Länder gleiche Verhältnisse angenommen wurden. Diese Annahme hat sich als Irrthum erwiesen, denn noch vor Ablauf des ersten Jahres hat sich der Minister für Cultus und Unterricht genöthigt gesehen, auch in den anderen, nicht unter die erwähnte Ausnahme einbezogenen Ländern im Wege einer ministeriellen Verordnung Ausnahmen zu gestatten. Bei dem vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Antrage des Abgeordneten Lienbacher handelt es sich nunmehr darum, daß diese Ausnahmen aus der Sphäre der Administration in jene der Legislation übertragen werden. Die Majorität der Commission bestreitet die Competenz der Landtage und erklärt, es gehe nicht an, die Competenz des Reichsrathes an die Landtage zu übertragen; allein, wie schon bemerkt, brauchen wir die Competenz nicht erst an die Länder zu übertragen, sie haben dieselbe bereits nach dem Geiste der Staatsgrundgesetze. Es handelt sich also nicht mehr darum, den Landtagen ein Recht zu übertragen, sondern darum, ob man denselben ein durch die Staatsgrundgesetze gewährleistetes Recht vorenthalten wolle, und dürfe. (Beifall.) Ich empfehle daher im Namen der Minorität die Annahme der Beschlüsse, welche in dieser Frage das Abgeordnetenhaus gefaßt hat.

Der Herr Präsident giebt bekannt, daß sich für den Antrag der Majorität der Commission in der Generaldebatte Ritter v. Hasner, gegen denselben Friedrich Graf Schönborn zum Worte gemeldet haben.

(Schluß folgt.)

### 138. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 6. April.

(Schluß.)

Regierungsvertreter Ministerialrath Dr. Ritter v. Wittel hat eine entschiedene Verwahrung gegen die Behauptung des Abgeordneten Herbst vorgebracht, daß das von der Regierung mit der Westbahn abgeschlossene Uebereinkommen ein Scheinvertrage sei. Die österreichische Regierung habe es nicht nothwendig, Scheinverträge abzuschließen. Auch in sachlicher Beziehung widerlegte der Regierungsvertreter vollständig die Argumente der Opposition.

cotta oder Marmor verwendet werden soll, endlich zugunsten des edleren Materials entschieden worden ist. Die Parlamentsbaucommission hat den Entwurf, nach welchem für die Ausschmückung des Parlamentshauses 2.400.000 fl. bewilligt werden und hierzu nur Marmor verwendet werden soll, genehmigt, und die Regierung wird nun eine darauf bezügliche Gesetvorlage im Abgeordnetenhaus einbringen. Da Graf Hohenwart und Dr. Rieger, die beiden Führer der Majorität, sich in der Commission für Marmor ausgesprochen haben, obgleich der Architekt, Oberbaurath v. Hansen, Terracotta befürwortete, so ist anzunehmen, daß die Rechte im Abgeordnetenhaus ihre Führer nicht desavouieren wird. Was Hansen betrug, für Terracotta zu sprechen, ist bekannt, er will sein Werk so bald als möglich vollendet vor sich sehen; die Ausschmückung mit Marmorstatuen und Ornamenten dauert ihm zu lange. Was in der Frage, ob Lehm oder Marmelstein, den Ausschlag gab, war die Rechenkunst, man hat nämlich herausgefunden, daß Terracotta nur scheinbar billiger ist, daß die Reparaturen und Neuherstellungen im Verlaufe der Jahre höher zu stehen kommen, als die einmalige Herstellung in Carrara- oder Saaser Marmor. Hierbei sei bemerkt, daß Carrara-Marmor billiger zu stehen kommt, als Tiroler Marmor, weil — die Transportkosten bedeutend geringer sind. Das wird demjenigen einleuchten, der die Wege von den Saaser Marmorbrüchen bis zur nächsten Eisenbahnstation kennt.

Ueber die gegenwärtige Monatsausstellung im österreichischen Kunstvereine habe ich noch den verspro-

chen Bericht nachzutragen. Derselbe wird kurz ausfallen, denn unter den vielen ausgestellten Kunstwerken sind doch nur wenige erwähnenswert. Von einer Wiener oder österreichischen Ausstellung kann füglich auch nicht die Rede sein, denn unter den 170 Ausstellern sind 115 Münchner und nur 20 aus Wien. Obwohl unter den Münchnern viele Namen von gutem Klang sind, so scheint es doch, als hätten dieselben nur sogenannte „Atelierschmöker“ oder unbedeutende Studien und Skizzen ausgestellt. Dennoch strömt das Publicum zahlreicher in die düsteren Räume des Schönbrunner Hauses, als in die lichten Locale des Künstlerhauses, — weil dort einige Sensations- und Zugsbilder ausgestellt sind, welche die Neugierde reizen.

Die Sensationsbilder hat der Ungar Mich. v. Zichy, das Zugsbild der Pole Lipinski beigelegt. Ersterer hat einen Sirenen-Cyklus gemalt, nämlich zwei mythologische Sirenen und eine moderne Sirene, ein Frauenzimmer nämlich, das alle Männer bethört, so daß sie sich ihretwegen duellieren, brouillieren und ruinieren. Man begreift zwar nicht, wie sie das mit ihrer ausgesprochenen Hässlichkeit zuwege bringt, aber der Künstler hält es für möglich und hat sie mit all den Männern umgeben, die sich von ihr bestricken ließen. Die zum großen Theil glasköpfige Gesellschaft macht einen höchst widerlichen Eindruck. Die moderne Sirene ist mißlungen, hingegen hat der Künstler mit den beiden mythologischen Gestalten gezeigt, daß er Tüchtiges leisten kann.

Von Lipinski war vor etlichen Jahren ein „Zahrmärkt in Krakau“ ausgestellt, der ungemein gefiel und

ein bedeutendes Compositionstalent verrieth. Man sah deshalb mit einiger Spannung dem Festbilde entgegen, das zur Erinnerung an die letzte Anwesenheit des Kaisers in Krakau gemalt worden war und eine Kaiserhochzeit darstellt. Die Enttäuschung ist groß! In der Composition und Behandlung der Menschenmassen tritt wiederum das Talent des Künstlers hervor, aber das Colorit ist schrecklich. Möglich, daß es ethnographisch getreu ist, aber man denke sich nur eine so große Leinwand mit allen Nuancen des Roth bedeckt, dazwischen höchstens etwas Gold-, Gelb- und Buttergelb — letzteres von dem Festkuchen — und man wird es nicht übertrieben finden, wenn ich sage, daß bei einer längeren Betrachtung des Bildes sich Augenschmerzen einstellen. Diese Monotonie in der Farbe macht das Bild unausstehlich, man wird dabei von Nervosität befallen.

Der furchtbare Feuerschein des Theaterbrandes in Rizza hat bis in die Bureauz unserer Behörden geleuchtet und zur Folge gehabt, daß in aller Eile eine gemischte Commission eingesetzt wurde mit dem Auftrage, die Theater und alle der Unterhaltung des Publicums dienenden Locale in Bezug auf ihre Gefährlichkeit zu untersuchen und Vorschläge zur Beseitigung bestehender Uebelstände zu machen. Nach dem Berichte dieser Commission befinden sich Hofoper und Stadttheater in einem Zustande, der die mindesten Besorgnisse einflößt, das alte Hofburgtheater hingegen läßt in Bezug auf die Zu- und Ausgänge sehr viel zu wünschen übrig, so daß bei einem eventuellen Feuer-



## Zur Lage.

(Berichtigung.) Wir erhalten folgendes Schreiben:

„Auf Grund § 19 des Pressegesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

Sie theilen in der „Laibacher Zeitung“ vom 6ten April d. J. in einem „Zur Lage“ überschriebenen Artikel mit, daß ich als Abgeordneter des Reichsrathes für die Grundsteuervorlage gestimmt hätte, während die „Deutsche Zeitung“, deren Herausgeber ich bin, die Annahme dieser Vorlage seitens des Abgeordnetenhauses bekämpft.

Ich constatiere dieser unrichtigen Behauptung gegenüber, daß ich als Abgeordneter gegen die Grundsteuervorlage gestimmt, mich also auch in dieser Frage mit der von mir herausgegebenen „Deutschen Zeitung“ im vollsten Einklange befunden habe.

Ihre ironische Bemerkung, daß nichts über eine zielbewusste und principientreue Opposition gehe, weise ich daher, insofern dieselbe auf mich gemünzt worden sein soll, mit aller Entschiedenheit zurück.

Hochachtungsvoll

Heinrich Reschauer m. p.“

Ein Wiener Brief der „Bohemia“ beschäftigt sich mit der kürzlich im Sprachenausschusse des Abgeordnetenhauses stattgefundenen Debatte über den Wurmbrand'schen Antrag und bemerkt unter anderem: „Graf Taaffe erklärte, daß der Erlassung eines Sprachengesetzes eine Verständigung unter den politischen Parteien und Nationalitäten vorangegangen sein müßte und daß gegenwärtig diese Bedingungen nicht vorhanden seien. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß ein Sprachengesetz, das seinen Zweck erreichen soll, in der That in anderer Art zustande kommen muß, als sonst ein Gesetz. Das Princip der Majorisierung findet auf dem Gebiete der Sprache keine Anwendung, weil die Entwicklung der Sprachen nach Normen sich vollzieht, welche sich um die jeweiligen Parlamentsmajoritäten nicht viel kümmern. Wer weiß, wie lange es noch dauern kann, ehe die Bedingungen für die Erlassung eines erspriechlichen Sprachengesetzes in Oesterreich vorhanden sein werden, aber die Wahrheit zu sagen, ist dieses Gesetz nicht in dem Maße ein Bedürfnis, wie es von mancher Seite dargestellt wird. ... Die deutsche Sprache hat sich bisher ganz von selbst die Stellung erobert, die sie in Oesterreich einnimmt, und sie wird sich auch weiter in dieser Stellung durch sich selbst behaupten. Soweit die deutsche Sprache Staatsprache ist, ist sie es durch innere Nothigung, durch Brauch, durch Gewohnheit und Bedürfnis. Sie bedarf der auswärtigen Anerkennung als Staatsprache nicht, so lange sie es in allen wesentlichen Stücken thatsächlich ist und der Natur der Verhältnisse nahe sein muß.“

In Angelegenheit der Convertierung der Goldrente fand am 6. d. M. im ungarischen Finanzministerium eine neuerliche Konferenz statt, an welcher außer dem Finanzminister Grafen Szapáry die Vertreter der Finanzgruppe Baron Alb. Rothschild und Baron Moriz Wodianer, dann Hansmann, Weiß und Markgraf Eduard Pallavicini theilnahmen. Die Sache ist, wie die „Ung. Post“ berichtet, über das Stadium der Vorbesprechung noch immer nicht hinausgelangt, und ist vor einigen Tagen eine entscheidende Beschlussfassung kaum zu erwarten. Die Details entziehen sich bei einem solchen Stande der Dinge natürlich noch jeder Besprechung.

ausbrüche das Schlimmste zu befürchten ist. Dieser Gefahr kann nur durch die größte Wachsamkeit und durch ausgiebige Löschvorrichtungen begegnet werden. Die übrigen Theater sind mit allerlei Gebrechen behaftet, deren Beseitigung für nothwendig erkannt wird. So beantragt die Commission die Herstellung eines Mittelganges im Parterre, wozu sich die Directoren nur schwer entschließen werden, weil dadurch eine Anzahl Sitzplätze verloren geht.

„Das sind unnütze Forderungen“, meinte ein dramatischer Schriftsteller, „die Feuergefahr ist nicht so groß als die Durchfallsgefahr und gegen diese müssen wir Autoren endlich einmal gesichert werden.“ Er hat nicht so unrecht, denn in der letzten Zeit haben mehrere Durchfälle stattgefunden, von denen einige positiv, andere relativ waren. Die Aufführung des Lustspiels von Gustav Freitag „Die Brautfahrt“ im Burgtheater hatte nur einen äußerlichen, in der prachtvollen Ausstattung und glänzenden Inszenierung begründeten Erfolg, das Stück selbst ist so temperamentlos und dramatisch schwach geblieben, als es von Anfang gewesen. Die mit großer Spannung erwartete dreiactige Oper von Leo Delibes, betitelt „Jean von Neville“, ist total abgelehnt worden. Delibes hat sich mit seiner komischen Oper „Der König hat's gesagt“ und durch seine Musik zu den Ballets „Coppelia“ und „Sylvia“ bereits viele Freunde und Verehrer erworben, allein auch diese gaben zu, daß „Jean von Neville“ entsetzlich langweilig und zum Theil unverständlich sei. Letzteres schrieb man dem Umstand zu, daß die in Paris gesprochene Prosa hier in Wien

## Zur tunesischen Frage.

Die französische Regierung betreibt die Maßregeln, mit welchen sie den Ruhestörungen an der tunesisch-algerischen Grenze begegnen will, mit dem größten Eifer. Aus Toulon und Algier wird von Truppeneinschiffungen berichtet. In Toulon begannen dieselben vorgestern, fünf Transportschiffe waren dazu fertiggestellt, ein paar andere Schiffe sind nach Algier vorausgeschickt worden, wo sich ebenfalls vorgestern ein Zuvarenregiment und ein Schützenbataillon auf denselben einschiffen. In Toulon werden auch Schiffe ausgerüstet, welche nöthigenfalls Truppen des 16. und 17. Armee-corps nach Afrika bringen sollen.

Die Blätter discutieren den tunesischen Zwischenfall auf das eifrigste. Den „Times“, welche daran erinnert hatten, daß Tunis denn doch ein Theil des türkischen Reiches sei, dessen Integrität die europäischen Mächte zu respectieren sich verpflichtet haben, entgegnet das „Journal des Débats“, das sei eine englische Erfindung, um den anderen Mächten, welche Interessen in Tunis zu wahren haben und stets direct mit dem Bey verhandelten, die Handhabe dafür zu benehmen. Die öffentliche Stimmung in Paris mit Bezug auf Tunis schildert ein Pariser Correspondent der „Köln. Zeitung“ mit folgenden Worten: „Züchtigung der tunesischen Grenzstämme, Maßregelung des Bey, Besetzung der Grenzbezirke und Beherrschung der Hauptstadt durch die Kriegsschiffe, Beschließung und Einverleibung, das ist die Stufenleiter, die, wenn alles nach Wunsch geht, in Aussicht zu nehmen ist. Jedenfalls sind die Franzosen entschlossen, an der afrikanischen Nordküste keinen Nebenbuhler mehr zu dulden, weder Italiener, noch Spanier, noch Briten, und den alten Traum wahr zu machen, daß das Mittelmeer den Lateinern und die Führung der Lateiner den Franzosen gehöre. Man folgt den Italienern bereits auf Schritt und Tritt bis Tripolis.“

In der italienischen Presse wird die tunesische Angelegenheit ebenfalls sehr eifrig erörtert. Die „Opinione“ sieht in Tunis eine doppelte Politik am Werke: die französische, welche auf die Eroberung des Landes abziele, und die italienische, welche auch den englischen Interessen entspreche und die Unabhängigkeit der Regentenschaft Tunis erhalten wolle. Zwischen dieser italienischen und der französischen Politik zu wählen, meint die „Opinione“, könne weder Europa noch dem Bey von Tunis schwer fallen. Die Stellung der italienischen Regierung in der Angelegenheit hat inzwischen gestern der Ministerpräsident und Minister des Aeußern, Cairoli, mit den Worten gekennzeichnet: Die italienische Regierung hat von Frankreich beruhigende Erklärungen über dessen Vorgehen in Tunis erhalten und verläßt sich darauf.

## Tagesneuigkeiten.

(Zur Vermählung des Kronprinzen.) Aus Brüssel wird berichtet: „Es ist hier die Rede von einem großen Volksfest, das die Stadt Brüssel im Park am 1. Mai der Prinzessin Stefanie anbieten wird; alle Gesellschaften würden vor derselben defilieren und Blumensträuße zu Füßen der Estrade niederlegen, auf welcher die königliche Familie und das Brautpaar Platz nehmen wird. Die Kammer nahm mit 71 Stimmen gegen 3 das Gesetz betreffs der Mitgift der Prinzessin Stefanie in der Höhe von 250,000 Francs an. Wie verlautet, wird die königliche Familie bei ihrer Ankunft in der Grenzstation Herbesthal von einem Abgesandten

in der Form von Recitativen gesungen wurde, wodurch bedeutende Längen herbeigeführt wurden. Es soll nun heute abends der Versuch gemacht werden, ob die Oper ohne Recitative wirksamer ist. Ich glaube nicht, denn es fehlt ihr dramatisches Blut. Das Graziöse und anmuthige weiß Delibes sehr gut zu treffen, aber wo ein seriöses Moment vorwaltet, da fehlt ihm die kräftige Accentuierung. Was nützt es, daß einzelne Nummern wunderbar schön sind, wenn der Totaleffect mangelt.

Im Stadttheater hat ein Moser'sches Lustspiel „Der Hypochondr“ guten Erfolg gehabt. Dasselbe wurde vor Jahren im Burgtheater abgelehnt, was wohl der fehlerhaften Besetzung zuzuschreiben war. Im Stadttheater thut es seine Wirkung, es steht seit vorigem Samstag auf dem Repertoire. Im Carltheater ist ebenfalls ein älteres Lustspiel von Görner: „Ein glücklicher Familienvater“, mit gutem Erfolg gegeben worden. Mehr Glück hat das Theater an der Wien gehabt, seine letzte Novität ist von so brilliantem Erfolg begleitet, daß es mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, eine Karte zu einer Vorstellung zu erobern, da auf die ganze Woche das Haus complet ausverkauft ist. In dem Lustspiel von Sardou, betitelt „Cyprien“ (Divorçons!), in welchem die Ehescheidung in überaus amüsanten Weise behandelt wird, hat Director Steiner ein Zugstück erworben, das für den ganzen Rest der Saison und auch für die Nachsaison vorhält. Ich werde übrigens auf dieses französische Lustspiel noch zu sprechen kommen.

Lewis.

des deutschen Kaisers begrüßt werden. — Graf Ehotel wird die königliche Familie bis Wien begleiten. Im königlichen Gefolge werden sich auch sämtliche Hof-Würdenträger, dann sechs Hofdamen, der Leibarzt Dr. Wimmer und zehn Diener befinden.“

(Ein Jagdschloß der Kaiserin.) Aus Tipperary wird gemeldet, daß Ihre Majestät die Kaiserin das zwischen Cashel und Tipperary gelegene Thomastown-Castle, die Residenz des verstorbenen Grafen v. Jarnac, als Jagdschloß für nächstes Jahr gemietet habe. 5000 Pfd. St. sollen zur Verschönerung des Anwesens ausgegeben werden. Das Schloß ist malerisch und im Mittelpunkt eines vortrefflichen Jagd-districtes gelegen.

(Der präsumtive Fürst-Erzbischof von Wien.) Prälat Dr. Ganglbauer, befindet sich, wie die „Gemeinde-Zeitung“ versichern kann, seit einigen Tagen besser, wenn auch die gänzliche Heilung seines Fußbells noch zwei bis drei Monate in Anspruch nehmen wird. Seit einigen Tagen kann er bereits einige Stunden außer dem Bette zubringen und wenn die Besserung in gleichem Maße fortschreitet, so wird er sich nächstertage nach Kremsmünster bringen lassen, wo er jedenfalls noch bis zur Vermählung des Kronprinzen weilen wird. Der Act der Trauung wird, nach dem citierten Blatte, jedenfalls entweder durch den Cardinal-Fürstbischof Schwarzenberg von Prag, oder durch den Feldbischof Dr. Gruscha vorgenommen werden.

(Explosion einer Pulverstampfe.) Montag mitternachts ist nächst Aufsee in Obersteiermark die Pulvermühle des Leo Oberascher, eine halbe Stunde vom Dorfe Mitterndorf entfernt, mit mehr als zwei Centnern Pulver unter einer so heftigen Detonation in die Luft geflogen, daß die Dorfbewohner aus dem Schlafe geweckt wurden. Die Explosion hat das ganze Gebäude zerstört. Die „Stampfe“ war gerade im Betriebe und wird als Ursache der Explosion der Umstand vermuthet, daß sich unter der Kohle zufällig ein kleiner Kieselstein befunden haben dürfte, der unter die mit Eisen beschlagenen Stampfholzen kam und ein Funken beim Zermalmen des Steines die Entzündung der bereits mit Schwefel und Salpeter vermengten Mischung herbeigeführt haben mag, da niemandem eine Unvorsichtigkeit oder Nachlässigkeit vorgeworfen werden kann. Zum Glück ist kein Menschenleben zu beklagen, da nach der abends erfolgten Inbetriebsetzung der Stampfe durch den Wasserlauf die Arbeiter nach Hause giengen; dagegen ist infolge des gänzlich zerstörten Gebäudes sowie der gleichfalls unbrauchbar gewordenen Mähleneinrichtung der Schaden für den Besitzer ein ziemlich großer und empfindlicher.

(Große Defraudation.) Abermals wurde in Pest eine großartige Defraudation entdeckt, deren trauriger Held Josef Ordoby, der Sprößling einer angesehenen ungarischen Adelsfamilie ist. Derselbe war in der Schuhfabrik der Firma Anton Schmiedt und Comp. auf der Kerepeserstraße als Buchhalter und Kassier angestellt. Im Dezember vorigen Jahres trat er jedoch aus dem Geschäfte und verließ auch die Hauptstadt. Mittlerweile verübte der Director der Fabrik, Dr. Wehle, einen Selbstmord, welcher Umstand die Eigenthümer zu einer Bücherrevision veranlaßte. Das Resultat war ein höchst trauriges, denn es wurde ein Abgang von 45,000 Gulden constatirt. Diese ganze Summe hatte Ordoby aufgenommen und so verbucht, als wäre dieselbe von den Parteien noch nicht eingelaufen. Ordoby, welcher ein Blutsverwandter des Chefs Anton Schmiedt ist, wurde nun recherchiert und gelang es diesertage, dessen Aufenthaltsort zu entdecken. Der Defraudant befindet sich in Nizza und logirt im „Hotel Frankfurt“ unter dem Namen Wojnick. Bezüglich seiner Verhaftung wurde bereits das Nöthige veranlaßt.

(Theaterbrand.) Wie telegraphisch berichtet wird, ist das Theater in Montpellier Mittwoch nachts nach der Aufführung der Oper „Hamlet“ gänzlich niedergebrannt. Verluste an Menschenleben sind hiebei nicht zu beklagen.

## Locales.

(Auszeichnung.) Dem Ingenieur Franz Tomisk wurde in Anerkennung seiner bei Bewältigung der Save-Hochwässer sowie bei der Durchführung der Save-Dammbauten und Uferversicherungs-Arbeiten in den Jahren 1879 und 1880 erworbenen Verdienste das goldene Verdienstkreuz mit der Krone verliehen.

(Vier Brantausstattungen für Beamtenwaisen.) Der Verwaltungsrath des Ersten allgemeinen Beamtenvereins der österreichisch-ungarischen Monarchie hat aus Anlaß der bevorstehenden Vermählung Sr. k. k. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen Rudolf mit der Prinzessin Stefanie von Belgien die Verleihung von vier Brantausstattungen im Betrage von je 250 fl. österr. Währ. an mittellose verwaiste Töchter von ehemaligen Vereinsmitgliedern beschlossen. Der Bewerbungstermin läuft bis 28. d. M. Nähere Bedingungen der Verleihung enthält die biezbezügliche Rundmachung in der Vereinszeitschrift „Beamten-Zeitung“.

(Gründung eines Bithersclubs.) Mehrere hiesige Bitherspieler und Freunde dieses Institutes beabsichtigen, gleichwie in anderen Städten, auch in Lai-



Franz-Joseph-Bahn . . . . .	102 50	102 50
Gal. Carl-Ludwig-B., 1. Em.	104 10	104 50
Oester. Nordwest-Bahn . . . .	102 25	102 50
Siebenbürger Bahn . . . . .	88 50	89 —
Staatsbahn 1. Em. . . . .	175 —	175 —
Südbahn à 3% . . . . .	129 50	130 —
„ à 5% . . . . .	114 —	114 25

  

Devisen.	
Auf deutsche Plätze . . . . .	57 55
London, kurze Sicht . . . . .	117 90
Paris . . . . .	46 50

  

Geldsorten.	
Geld	Ware
Ducaten . . . . .	5 fl. 54 fr. 5 fl. 55
Napoleonsd'or . . . . .	9 „ 31 1/2 „ 9 „ 32
Deutsche Reichs-	
Noten . . . . .	57 „ 60 „ 57 „ 65
Silbergulden . . . . .	— „ — „ — „ —

  

Krainische Grundentlastungs-Obligationen  
 Geld 103 — Ware 104 —